

Haushaltsrede 2016

Regina Vischer, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung im Dezember habe ich bereits angekündigt, dass mein Redebeitrag zu den finanziellen Auswirkungen durch die Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs eigentlich bereits die Rede zum Haushalt ist, obwohl dieser gerade erst eingebracht wurde.

Die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern A, B und für die Gewerbesteuer ist ein wichtiger Baustein gewesen, um das Haushaltsdefizit zu vermindern. Doch trotz dieser Maßnahme, mehr Steuereinnahmen und anderer positiver Sonderposten kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden. Er weist aktuell ein Defizit im ordentlichen Ergebnis von rund 900.000 Euro aus.

Wir leiden nicht erst seit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich unter Geldknappheit. Dennoch sind wir GRÜNEN der Auffassung, dass es uns im Vergleich mit anderen Kommunen immer noch gut geht - auch wenn die CDU das nicht so gerne hört. Wir leiden auf hohem Niveau.

Immerhin leisten wir uns beispielsweise

- ein Schwimmbad,
- eine Bücherei,
- Sportstätten und Spielplätze,
- eine hohe Qualität in der Kinderbetreuung sowohl personell als auch räumlich,
- wir leisten uns eine annähernd bedarfsdeckende Schulkinderbetreuung,
- wir unterstützen unsere Vereine, wenn auch seit letztem Jahr mit etwas verminderten Zuschüssen,
- wir haben auch eine eigene Feuerwehr, obwohl die Feuerwache der Nachbarkommune auf der anderen Straßenseite liegt,
- unsere Straßen sind leidlich in Schuss und unsere öffentlichen Einrichtungen werden gepflegt und modernisiert.

Ganz klar – Wünsche bleiben immer noch offen. Und Geld hat man eigentlich nie genug. Aber: Wir leisten uns einiges, was sich andere Kommunen schon lange nicht mehr leisten können.

Ein großer Teil dieser Kosten wird aus Steuermitteln finanziert. Im Umkreis von Frankfurt profitieren wir als Gemeinde im Speckgürtel von der niedrigen Arbeitslosigkeit und den guten Einkommen im Rhein-Main-Gebiet. Derzeit ist die Konjunkturlage gut und die Steuern fließen reichlich. Klar müssen wir einen Großteil davon auch wieder an den Kreis abführen, damit der seine Aufgaben erfüllen kann, z. B. die Modernisierung unserer Schulen.

Durch den neuen KFA muss Kriftel einen Solidarbeitrag leisten, der weh tut. Allerdings sind wir GRÜNEN der Meinung, dass dies als Beitrag für mehr Gerechtigkeit gerechtfertigt ist gegenüber Kommunen, die weitab von größeren Städten liegen, eine weniger gute Infrastruktur, weniger Gewerbe und eine höhere Arbeitslosigkeit.

Wer soll denn was abgeben, wenn nicht wir, denen es noch verhältnismäßig gut geht? Wir haben der Prüfung einer Klage gegen den KFA zwar zugestimmt, weil wir die Vorlage wegen diesem Punkt nicht ablehnen wollten. Wir werden aber einer Klage gegen den KFA nicht zustimmen, weil wir das Umverteilungssystem insgesamt für in Ordnung halten.

Was nicht in Ordnung ist, ist die Einstufung unserer Kommune als Unterzentrum. Diese Kategorisierung passt nicht für die Kommunen im Verdichtungsraum des Rhein-Main-Gebietes. Hier müssen wir tätig werden, um eine Änderung herbeizuführen. Unser Antrag dazu wurde einstimmig angenommen.

Trotz des Defizits im Haushalt müssen wir uns auch den aktuellen Herausforderungen stellen, die schon länger bestehen, aber durch die vielen Asylbewerber jetzt verschärft werden. Wir brauchen mehr preiswerten Wohnraum, der von finanziell schwachen Familien, Alleinerziehenden, jungen Menschen, älteren Menschen mit einer schmalen Rente und anerkannten Asylbewerbern genutzt werden kann. Wir haben uns gefreut, dass auch die Anträge von CDU und SPD in die gleiche Richtung gingen und wir uns um dieses Thema intensiv kümmern werden, obwohl unsere Gemeinde im Verhältnis zu anderen Kommunen schon gut aufgestellt ist.

Den Antrag der SPD, einen Betrag von 500.000 Euro für den Wohnungsbau in den Haushalt einzustellen, haben wir allerdings abgelehnt, weil die Gemeinde diese Aufgaben der Gewobau übertragen hat und der Betrag deshalb im Haushalt der Gemeinde nicht richtig untergebracht ist. Zudem sollten wir ohne konkreten Plan kein höheres Defizit produzieren, denn der Landrat muss diesen Haushalt ja auch genehmigen können. Keinen Vorschlag gibt es von der SPD zur Gegenfinanzierung.

Ein Antrag der GRÜNEN zielt erneut auf die Reduzierung des Verkehrslärms von der A66 ab. Der gestellte Prüfauftrag wurde mit unserer Zustimmung darauf reduziert, zunächst zu prüfen, welchen Aufwand die Prüfung der Möglichkeiten, den Lärmschutz zu verbessern, verursachen würde.

Sehr gefreut haben wir uns über die Anträge der CDU, die sich mit dem Ausbau von Rad- und Fußwegen beschäftigen. Wir haben diesen Anträgen gerne zugestimmt.

Insgesamt war diese Beratungsrunde zum Haushalt die harmonischste, die ich in den fast zehn Jahren politischer Tätigkeit in der Gemeinde erleben durfte. In den Prioritäten für das vor uns liegende Jahr scheinen wir uns einig zu sein, auch wenn es unterschiedliche [bzw. keine] Vorstellungen gibt, wie unsere Wünsche finanziert werden sollen. Über die Umsetzung werden wir bestimmt wieder trefflich streiten. Die Anpassung der Hebesätze und der erfolgreiche Verkauf von Grundstücken an Amprion leisten finanziell jedenfalls einen erheblichen Beitrag, das Defizit unseres Haushaltes für das Jahr 2016 zu verringern.

Wir danken dem Gemeindevorstand und der Verwaltung für die wie immer sehr ausführlichen Erläuterungen und die hilfreichen Ausführungen zu unseren Fragen bei der Beratung des Haushaltes.

Wir stimmen diesem Haushalt – und das ist historisch - in allen seinen Teilen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
- es gilt das gesprochene Wort -